

**Der Kampf gegen den Kriegswucher.**

Streifung unter Zuderhaufern. — Winkelmagazine. — Beschlagnahmte Schuhe. — Gasthäuser für Meische. — Gefälschte Brotarten und Meldezettel.

Das Kriegswucheramt der Wiener Polizeidirektion hat in den letzten Tagen wieder reiche Arbeit geleistet. Es wurde bemerkt, daß der Wucher der Kauferer und Verkaufshüttenbesitzer mit Zuderwaren außerordentlich überhand genommen hat. Insbesondere wurden durchreisende Militärpersonen von diesen Händlern in gewissenloser Weise ausgebeutet. In der Umgebung der Bahnhöfe sammelten sich stets Zuderhauerer an, die sich an durchreisende Militärpersonen herandrängten und ihnen Zuder zu Wucherpreisen anboten. Auch im Prater und in den vollreife Straßen der Vororte hielten sich zahlreiche Händler auf, die minderwertige Waren Kinder gegen teures Geld aufzudrängen suchten. Die Preise, die hierbei verlangt wurden, überstiegen die Höchstpreise um ein Vielfaches. Ueberdies wurden die behördlichen Vorschriften für den Verkauf von Zuderwaren nach keiner Richtung eingehalten. Um diesem Anzuge ein Ende zu setzen, hat das Kriegswucheramt während der abgelaufenen Woche eine Streifung veranstaltet. 150 Personen wurden eingebraucht und den magistratischen Bezirksämtern vorgeführt, von denen sie in den meisten Fällen zu einer Woche Arrest verurteilt wurden. Ueberdies wurden die gesamten bei diesen Deuten vorgefundenen Waren für verfallen erklärt.

Während der abgelaufenen Woche nahm das Kriegswucheramt 65 Haus- und Geschäftsdurchsuchungen vor; in mehreren Fällen wurden Winkelmagazine aufgedeckt. Eines dieser Winkelmagazine befand sich in einem Hause im 9. Bezirk. Hier wurden Leinwandstücke, Leinengarne und Baumwolle im Werte von 35.000 K. vorgefunden. Die Ware gehört einem derzeit in einem ungarischen Badeorte weilenden Vertreter und stammt aus Udine, von wo sie durch einen Landsturmmajor Kleinweise in Rudofden nach Wien gebracht worden war. — In einem andern, gleichfalls im 9. Bezirk aufgedeckten Winkelmagazin lagen 4560 Spulen Zwirn versteckt. Die Inhaberin dieses Magazins, eine Kaufmannsgattin, hat die Ware angeblich von einem unbekanntem Mann erworben. Da nach den Erhebungen des Kriegswucheramtes der Verdacht des Kettenhandels vorliegt, wurde die Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet.

Ferner wurde ein Kettenhandel mit Schuhwaren durch die Beanstandung von drei Kaufleuten aufgedeckt, wobei 1460 Paar Schuhe beschlagnahmt wurden. Sämtliche beschlagnahmten Waren wurden dem Verbräuche der Allgemeinheit zugeführt.

Bei der fortlaufenden Ueberwachung der Gasthausbetriebe wurden während der abgelaufenen Woche in 17 Fällen Beanstandungen vorgenommen und die entsprechenden Anzeigen erstattet. Größtenteils handelt es sich um Gast- und Kaffeehausbetriebe, die von lauffähigem Publikum besucht werden und daher als Luxuslokale anzusehen sind. Bemerkenswert ist die Beanstandung eines Gasthauses, in dem ungeachtet der herrschenden Fleischnot für eine einzige Speisezeit Leckerlei Gattungen von Fleisch, Geflügel und Wild angeboten wurden. In einem Gasthause wurden an einem fleischlosen Tage Fleisch und Geflügel vorgefunden; das Geflügel sollte für das Nachtmahl der Wirtin, das Fleisch für das Nachtmahl eines Selchmeisteres zubereitet werden.

Die Verkäuferin Leopoldine Weiß, Saffnerstraße Nr. 19, hat in gewissenloser Mißachtung der Brotnot durch Brotartenfälschung seit Mai 1918 wöchentlich ungefähr hundert Brotslaibe und nach erfolgter Kürzung der Brotquote fünfzig Borslaibe unberechtigt bezogen, mit denen sie einen schamlossten Handel trieb. Sie wurde der Staats-

anwaltschaft wegen Betruges durch Fälschung öffentlicher Urkunden angezeigt.

In der letzten Zeit wurde die Wahrnehmung gemacht, daß sich unter den polizeilichen Renanmeldungen zahlreiche gefälschte Meldezettel vorfinden. Diese Fälschungen verfolgen zweifellos den Zweck, den Brot- und Mehlkommissionen Lebensmittelarten herauszulocken. Auf Anregung des Kriegswucheramtes werden nunmehr die Brot- und Mehlkommissionen vom Magistrat angewiesen, Lebensmittelarten nur auf Grund eines einwandfreien Wohnungs- und Identitätsnachweises auszufolgen.

Schließlich erschien in Tageszeitungen eine Ankündigung, mit der ein Dienstmädchen gesucht wird, dem „Friedensloft“, täglich „Braten und schönes Lichtes Brot“ angeboten wurde, was in der Dessenhaftigkeit Unsch zu unflätigen Bemerkungen gab. Die vom Kriegswucheramt durchgeführten Erhebungen ergaben, daß die Stelle in Budapest zu besetzen wäre; die dortige Oberstadthauptmannschaft wurde verständigt.

**Ein Rundschreiben des ungarischen Handelsministers.**

Budapest, 3. September. (Privattelegramm.) Handelsminister Baron Esterhazy hat zur Bekämpfung des Warenwuchers eine Zuschrift an sämtliche kaufmännische Interessentenvertretungen gerichtet. In der Zuschrift heißt es:

Das Ausmaß der Teuerung ist heute bereits nicht nur unheimlich, sondern es bildet geradezu eine wirtschaftliche Gefahr. Der Schutz des Verbrauchers ist heute zu einer der wichtigsten staatlichen Aufgaben geworden. Denn wenn man dem schrecklichen Warenwucher keinen Damm setzt, geht in erster Reihe der breite Mittelstand und die schlecht besoldete Beamtenklasse zugrunde, und ihr Ruin wirkt auf Generationen hinaus. Infolge des naturgemäßen Steigens der Arbeitslöhne aber wird die ganze Produktion gelähmt.

Es ist der feste Entschluß des Ministers, gegen diese Auswüchse der unberechtigten Nutzenziehung alle zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel zu ergreifen, und wenn dies nicht genügen sollte, die weitestgehende Ermächtigung von der Gesetzgebung anzusprechen. Denn schließlich kann es doch nicht begründet erscheinen, daß beispielsweise ein Meter gewöhnlichen Kleiderstoffes 300 K., ein einfacher Herrenanzug 1500 bis 2000 K., ein Damenkleid 2000 bis 3000 K., eine Schachtel Bimbletzen 20 bis 25 Heller kostet. Ebenso aber verhält es sich mit den notwendigen Lebensmitteln, deren Preise heute bereits sich in einer so schwindeligen Höhe bewegen, daß die notwendige Versorgung der vermögenslosen Bevölkerung ernstlich gefährdet erscheint. Der Minister habe die Landes-Zentralpreisprüfungs-Kommission und die municipalen Preisprüfungs-Kommissionen zur weitestgehenden Tätigkeit nach dieser Richtung angewiesen und die für die Durchführung zuständigen Verwaltungsbehörden aufgefordert, das strengste Verfahren gegen jedermann einzuleiten, der durch Ausnützung der Kriegsverhältnisse zur Teuerung beiträgt und auf diese Art unberechtigten Nutzen gewinnt.

Was nach dieser Richtung im behördlichen Wege geschehen kann, wird geschehen. Indessen sei dies nicht genügend. Die ausländische Industrie und der ausländische Handel selbst müssen an der Behebung und Abwendung der sträflichen Umtriebe mitwirken. Dies erfordern die Interessen des ausländischen ungarischen Handels und der ausländischen ungarischen Industrie, denen nichts so sehr zu schaden vermag, wie der sie kompromittierende zügellose Warenwucher, der jene geradezu phantastischen Preise zeitigt, die für einzelne Industrieartikel gefordert werden. Die Organisation der Interessentenvertretungen der ungarischen Industrie und des ungarischen Handels ist es ihren eigenen Interessen schuldig, diese großen Mißbräuche auszurotten.

Der Minister sehe sich daher veranlaßt, zum Schutze der ausländischen Industrie und des ausländischen Handels sowie des Konsums an die Interessentenvertretungen sich mit der Aufforderung zu wenden, an seiner Aktion mitzuwirken. Diese Angelegenheit möge von den betreffenden Interessentenvertretungen dringlich in Verhandlung gezogen werden, um im Einvernehmen mit ähnlichen Organisationen Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie die Interessenten selbst an der Behebung der Preisteuerung teilnehmen und auf welche Weise sie die Regierung in ihren hierauf gerichteten Bestrebungen unterstützen könnten.

Die Interessenten müssen in dieser schweren Zeit auf der Höhe der Situation stehen. Das werden sie nur erreichen, wenn sie in ihrem eigenen Schoße eine Organisation schaffen, durch die sie aus

ihren Reihen alle Elemente ausschließen, die durch ihr sträfliches Vorgehen den guten Ruf der ungarischen Industrie und des ungarischen Handels gefährden. Der Minister erwarte sobald als möglich die hierauf bezüglichen Vorschläge der Interessentenvertretungen.